



Immer mehr Kommunen aktivieren Turnhallen für Geflüchtete

Umfrage unter Mitgliedskommunen: Jede zweite Gemeinde hat bald keine Alternativen mehr für die Unterbringung

Um Geflüchtete unterbringen zu können, müssen immer mehr Städte und Gemeinden in naher Zukunft auf Turnhallen und ähnliche Räumlichkeiten zurückgreifen. So das zentrale Ergebnis einer Umfrage des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen (StGB NRW) unter seinen 361 Mitgliedskommunen.

„Unsere Umfrage aus dem November 2022 zeigt schlaglichtartig den Ernst der Lage auf“, sagte **Präsident Dr. Eckhard Ruthemeyer** anlässlich der Veröffentlichung der Ergebnisse. „57 Prozent unserer 361 Mitgliedskommunen haben sich daran beteiligt. Jede Zweite geht davon aus, dass sie in den kommenden drei Monaten eine erste oder gar weitere Turnhalle aktivieren muss, wenn die Zahlen auf dem aktuellen Niveau bleiben“, erläuterte Ruthemeyer.

Die wichtigsten Ergebnisse

- 45 der 205 teilnehmenden Kommunen (22 Prozent) nutzen bereits Turnhallen oder vergleichbare Räumlichkeiten zur Unterbringung von Geflüchteten
- 61 Kommunen (30 Prozent) bereiten derzeit Turnhallen oder vergleichbare Räumlichkeiten für die Unterbringung von Geflüchteten vor
- 105 Kommunen (51 Prozent) rechnen damit, in den kommenden drei Monaten Turnhallen oder vergleichbare Räumlichkeiten als Notunterkunft aktivieren zu müssen, wenn die Zuwanderungszahlen auf gleichem Niveau bleiben

„Diese Daten sind ein Alarmsignal“, betonte Ruthemeyer. „Wenn eine Gemeinde sich gezwungen sieht, Turnhallen in Sammelunterkünfte umzuwandeln, ist das immer ein Zeichen der puren Not. Dann sind alle anderen Optionen ausgeschöpft.“

Die Städte und Gemeinden setzten alles daran, alternative Unterkünfte zu finden. Genutzt würden bereits unter anderem Containeranlagen, Schützenhallen, Verwaltungsgebäude oder ehemalige Schulen. Schulsport, Kinder und Vereine hätten in den Corona-Jahren mehr als genug zurückgesteckt. „Nun wird deutlich, dass die Kommunen am Ende ihrer Möglichkeiten sind“, so Ruthemeyer.

Dabei sei eine Sammelunterbringung für alle Beteiligten die mit Abstand schlechteste Lösung: Sie erschwere Ankommen und Integration massiv und gehe mit einem deutlich höheren Aufwand für Erschließung, Personal und Versorgung einher.

„Die Entwicklung macht den Kommunen große Sorgen“, sagte Ruthemeyer. Die Spannungen vor Ort, die Polarisierung der Gesellschaft könnten zunehmen. Umso wichtiger sei nun, dass Bund und Land alle Kräfte mobilisieren und den Städten und Gemeinden die Unterstützung geben, die sie brauchen. „Dazu zählt insbesondere eine Regelung zur Refinanzierung vorsorglich geschaffener Kapazitäten auf Reserve. Nur wenn diese Vorhaltekosten erstattet werden, können wir Strukturen aufbauen, die einen Verzicht auf Notlösungen weitgehend möglich machen“, hob Ruthemeyer hervor.

Eine Dokumentation der Ergebnisse der StGB NRW-Umfrage mit Schilderungen aus betroffenen Kommunen, Diagrammen sowie weiteren Zahlen und Erläuterungen finden Sie als Anlage zu dieser Pressemitteilung unter kommunen.presse.

Weitere Informationen des StGB NRW zum Thema Flucht und Unterbringung enthält der Bereich [Schwerpunkte](#).